

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

SPD/III/15

Hannover, 6. Februar 1948

Hic Rhodus, hic salta!

Zu deutsch: Hier ist Fett, hier kann abgegeben werden

P. Damit keine Meinungsverschiedenheiten aufkommen: Wir sprechen die CDU an und die Deutsche Partei und ihre anderen bürgerlichen Splitter, insgesamt die Vertreter der besitzenden Schichten. Denn diese Parteien sind, mögen sie sich wenden wie sie wollen, die politische Heimat derer, die heute auf dem Geschlachteten sitzen. Wer es nicht glaubt, der gehe in die Dörfer und die kleinen Städte und spreche mit denen, die gestern Schlachtfest hatten oder die über einen kleinen Laden mit Eisenwaren oder Textilien verfügen und mithin kompensierfähige Ware in der Hand haben. Diese sind die Wähler der Deutschen Partei und der CDU, und sie sind es in der klaren Erkenntnis oder auch in der unklaren Ahnung, daß dort ihre Interessen gewahrt werden. Und diese Interessen heißen heute wie einst: Behalten, was wir haben, satt essen, sehen, wo man bleibt. Ist das nicht ein oft, sehr oft gehörtes Wort: "Jeder muß schließlich sehen, wo er bleibt?" Es ist der bürgerlichen Weisheit letzter Schluß, wenn es darum geht, ohne politische Verbrämung einen Standpunkt zu umreißen.

Prahlerisch, wie jener Grieche in Rhodus, der behauptete, er habe dort einst einen gewaltigen Sprung getan wie noch niemand vor ihm, so traten die politischen Sprecher jener Schichten in Frankfurt auf und sagten Ja zum Speisekammergesetz. Sie erweckten den Anschein, als wollten auch sie, daß man in die Kammern leuchte, in denen die Speckseiten hängen und die Mettwürste im schwarzen Dämmer ihrer Stunde harren. Möchten Sie wirklich? Dem Griechen rief aus der Menge, die das Prahlen mit anhörten, jemand zu, hier sei nun Rhodus, hier möge er springen. Den Führern und Führerinnen der CDU und der Deutschen Partei sei nicht minder klar zugerufen: In Euren Reihen stehen sie, die es angeht, wenn über die Ernährung gesprochen wird, in Euren Scheunen lagert das Korn, in Euren Räucherkammern hängen die Würste und in Euren Fabriken und Läden lagert die Ware, die der Markt braucht, die aber den "Weg aller Fleisches" geht. Es wird in deutschen Landen, so lange die Zunge politische Gedanken wiedergeben, stets viel von nationaler Pflicht und patriotischer Haltung gesprochen. Seien wir bescheiden, reden wir nicht darüber, handeln wir nur danach! Die

Besinnlichen unter den Politikern der Rechten, die nämlich, die sich Gedanken über die unwägbareren aber wirksamen Hintergründe der jeweiligen Erscheinungen machen, haben längst mit einiger Besorgnis erkannt, daß das abermalige Versagen der besitzenden Schichten in einem Augenblick nationaler Not ernste, sehr ernste Folgen für die Zukunft ihrer politischen Pläne haben kann und muß. Gelingt es den politischen Sprechern und Führern dieser Kreise heute nicht, die wirtschaftliche Moral ihrer Anhänger zu stärken und so zu realisieren, daß das deutsche Volk insgesamt den notwendigen Nutzen davon hat, so ist die innere Unwahrhaftigkeit des Gedankengebäudes dieser politischen Gruppierung erneut bewiesen. Für uns Sozialdemokraten hätte es dieses Beweises nicht mehr bedurft. Aber vielleicht trägt er dazu bei, daß in weiteren Schichten erkannt wird, daß man nicht mit nationalen Phrasen (in Frankfurt) prahlen kann und gleichzeitig echte nationale Taten (daheim) unterläßt.

Aber noch eine andere, weit über das ganze Volk gebreitete Schicht von großem Einfluß muß angesprochen werden, in allem Ernst und mit aller Offenheit: Die Geistlichen, die Pfarrer und Pastoren und alle Helfer in der kirchlichen Seelsorge jeder Konfession. Es gibt in diesen und wahrscheinlich besonders in den vor uns liegenden Monaten für das deutsche Volk kein höheres und schöneres Gebot, das aktuellere Bedeutung hätte als das größte Wort, das je auf dieser Erde gesprochen wurde: "Liebe Deinen Nächsten als Dich selbst". Jesus Christus hat diese Liebe nicht als eine platonische Gefühlserregung gekannt und gemeint. Der barmherzige Samariter war ihm näher am Herzen als die Pharisäer im Tempel zu Jerusalem, wo sie sich ihrer echten Gläubigkeit fälschlich rühnten. Es gibt für den Diener des christlichen Glaubens keine größere Pflicht als die, christliche Grundgedanken zu aktivieren und den Glauben, in dem sich die weitaus meisten Deutschen vereinigen, zur Tat zu führen. In der Situation, in der sich das deutsche Volk befindet, hat die Kirche die unwiederbringliche Chance, aber auch die durch nichts abzulösende Pflicht, rücksichtslos das Wort Gottes in die nüchterne Sprache der praktischen Leistung zu übersetzen. Nicht der sonntägliche Kirchenbesuch, sondern die unéigennützigere Bereitschaft zum Teilen und Helfen ist das Zeugnis der christlichen Gemeinschaft.

Die Lage ist ernster und gefährlicher, als die meisten in Deutschland sich deutlich zu machen wünschen. Wir lieben die pathetische Deklamation nicht. Umso dringlicher ist der Appell, an die Stelle des Wortes die Tat zu setzen. Wir richten ihn an die Besitzenden, an ihre politischen Führer und an die Kirche, die in Dorf und Stadt die Reichen und Armen, die Satten und die sehr viel zahlreicheren Hungernden anspricht. Sie greife zu Martin Luthers deutlichen und deutschen Worten, und die Politiker mögen sich ins Gewissen schauen und daheim bei ihren Wählern tun, was ihre nationale Pflicht ist. Erst danach, erst wenn das geschehen ist, dann wollen wir wieder über die Fehler und Sünden anderer und über die großen deutschen Aufgaben reden. Vielleicht verstehen wir uns dann besser.

Vor 300 Jahren...

v.S. Amsterdam, Anfang Februar

Vor dreihundert Jahren, am 30. Januar 1648, wurde in Münster der Friedensvertrag unterzeichnet, der den achtzigjährigen Krieg der Holländer gegen Spanien beendete. Am 5. Juni 1648 wurde die Nachricht von dem Friedensschluß in der Republik der Vereinigten Niederlande bekanntgegeben und an diesem Gedenktage soll in diesem Jahr in Delft im Museum "Prinsenhof" eine Ausstellung sämtlicher Dokumente stattfinden, die sich auf den Friedensschluß beziehen.

Es hätte nicht viel gefehlt, so wären diese Dokumente von größtem historischen Wert während des Krieges abhanden gekommen. Wie man weiß, hoffte Hitler nach der Besetzung von Paris auch England bald besiegen zu können. Hitler plante bereits, den Frieden im Rathaus von Münster zu "diktieren", in demselben historischen Gebäude, in dem 1648 der Frieden zwischen der Republik und Spanien und im gleichen Jahr (am 28. Oktober) auch der Westfälische Frieden geschlossen wurde. Hitler wollte gleichzeitig eine Ausstellung der alten Dokumente veranstalten.

Die Aushändigung der Urkunden, die sich im Reichsarchiv in den Haag befanden, wurde zu diesem Zweck von den deutschen Besatzungsbehörden gefordert. Den zuständigen holländischen Beamten gelang es jedoch, die Deutschen mit Fotokopien abzuspäßen, die später während der großen Bombardements von Münster verloren gegangen sind. Die Originale waren inzwischen zusammen mit anderen wertvollen Dokumenten und Kunstschätzen im Süden des Landes in Sicherheit gebracht worden und befinden sich heute völlig unversehrt wieder im Reichsarchiv in den Haag.

Am 15. Mai 1648 wurde der Friede ratifiziert. Noch heute gibt es zwei Exemplare der Ratifizierungsurkunde, das eine in spanischer, das andere in französischer Sprache. Beide tragen die Unterschrift von Philipp IV., ferner die Unterschriften von zwei spanischen und acht holländischen Delegierten mit den dazugehörigen großen metallenen Siegeln.

Kopf und die Kommunisten

R.B. Mit großem Eifer haben die Kommunisten die Anschuldigungen gegen den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf aufgegriffen. Was sie in Niedersachsen nicht direkt sagen wollen, lassen sie in dem Zentralorgan der SED, "Neues Deutschland", in Berlin plakatieren. Und so hat Wilhelm Kopf die Ehre, beinahe täglich Gegenstand eines Artikels östlichen Ursprungs zu sein. Dies führt dann wiederum im Westen zu angeblich rein sachlichen Nachrichten, die von dort übernommen werden. Man will damit erreichen, daß in der Bevölkerung Zweifel auftauchen, ob an den Beschuldigungen nicht doch etwas wahr sei.

Hinrich Kopf hat während der Nazizeit einer Maklerfirma angehört, die u.a. im Auftrage der Haupt-Treuhandstelle Ost Güter und Vermögen der vor den Deutschen geflohenen Polen zu verwalten hatte. Es ist merkwürdig, daß kein weiterer Angestellter - auch nicht der Mitinhaber dieses Unternehmens, Bohne, und auch nicht die Leiter der HTO angegriffen werden, sondern einzig und allein der heutige sozialdemokra-

6.11.1948

tische Ministerpräsident Kopf. Man erfährt, daß diese Firma 1943 65 000.-- RM Verdienst gehabt habe, verschweigt aber geflissentlich, daß 20 Angestellte beschäftigt wurden, und daß die Bücher des Hauses heute noch eingesehen werden können, wobei festzustellen wäre, daß überhaupt keine Erträge aus jüdischen Gütern hereinfließen.

Man nimmt es in diesem Zusammenhang mit der Wahrheit nicht ganz genau. Das beweist auch ein Leitartikel "Kopf und Röder" im "Neuen Deutschland". Hierin wird von dem ehemaligen Oberkriegsgerichtsrat Röder, dem "Blutrichter von Bromberg" erzählt, daß er sich 1945 auf den Oberpräsidenten von Hannover berufen habe und mit dessen Hilfe Röder seine Verbrechen vergessen zu machen hoffte. Obwohl Kopf 1945 noch nicht Oberpräsident war und im Übrigen diesem Röder nie gesehen hat, gab man unbekümmert den Ministerpräsidenten als den engen Freund dieses Röder aus.

Wie weit diese politische Übereinkunft von der Wahrheit weg-führen kann und das Gebiet der bewußten Demagogie betritt, ist aus der Rede eines kommunistischen Abgeordneten im Landtage und aus einem Interview des vormaligen Ministers der KPD Abel zu ersehen. Beide ver-suchen, der Bevölkerung zu suggerieren, die 16 Vertreter der alliierten Kriegsverbrecherkommission hätten Kopf bereits als einen Kriegs-verbrecher klassifiziert, da er auf einer Liste die Nummer 1150-6766 erhalten habe. Die Mitglieder der Kommission wußten davon nichts, denn die polnische Regierung hatte am 6. November 1947 die Akten über Kopf lediglich im Büro abgegeben, wo sie, wie bei jeder Behörde, re-gistriert wurden. Demzufolge befanden sich die Abgeordneten des Nie-derrheinischen Landtages auch nicht im Gegensatz zu der Verordnung 24 des Kontrollrates, wie Herr Abel es ihnen weismachen möchte.

Solche politischen Feldzüge erhalten jedoch erst ihre Schlagkraft, wenn sie mit kleinen, anscheinend nebensächlichen Meldungen gewürzt sind. Wir greifen eine des schlichten Inhalts heraus, worin das "Neue Deutschland" berichtet: "Aus dem Niedersächsischen Innenministerium wird uns vertraulich mitgeteilt, daß Herr Kopf bis heute weder politisch überprüft wurde, noch einen politischen Fragebogen ausgefüllt hat". Hier handelt es sich abermals um eine freie Erfindung, denn das Innen-ministerium hat mit politischen Überprüfungen nichts zu tun. Kopf aber hat seinen ersten Fragebogen bereits 1945 vorlegen müssen und seitdem sind es mehr als ein halbes Dutzend geworden, die zu den Stationen seiner Karriere verlangt wurden. Da hieße, das Mißtrauen und die Büro-kratie der Engländer völlig verkennen, wollte man ihnen solche Nach-lässigkeit unterstellen. Die Kommunisten haben auf sofortige Beurlaubung des Ministerpräsidenten gedrängt. Noch vor dieser Forderung hat Kopf sowohl dem Kabinett als auch dem Gouverneur einen Bericht gegeben und die Frage gestellt, ob er sich von Dienst dispensieren lassen sollte. Beide sprachen ihm das Vertrauen aus, mit Ausnahme des Kommu-nisten Abel.

Sowohl die CDU, als auch die Deutsche Partei, das Zentrum, wie die FDP haben in ihrer gemeinsamen Erklärung im Landtag gezeigt, daß sie Wahrheit, Recht und eine anständige Gesinnung vor jede politische Taktik stellen. Daran wird auch ein neuer Antrag der KPD kaum etwas ändern können.

Staatshaushalt auf dem Verordnungswege

Baden-Baden, Anfang Februar 1948

Das an Eigenarten reiche Land Süd-Baden zeichnet sich durch eine neue Merkwürdigkeit aus: die Art der Verabschiedung des Staatsvoranschlags. Obwohl das Land eine Verfassung besitzt, einen ordnungsgemäß gewählten Landtag, eine dito Regierung, in der allerdings das Beständigste der Wechsel ist, unterbreitete diese Regierung ihren Etat nicht, wie es in allen Parlamenten der Welt Sitte ist, dem Landtag zur Beratung und Beschlußfassung, sondern verkündigte kurzerhand im Gesetz- und Verordnungsblatt den Staatshaushalt und erklärte ihn für vollzugreif. Gewiß ein sehr vereinfachtes Verfahren, das nur sehr stark nach den Gepflogenheiten des Dritten Reiches riecht. An sich wäre ja eine Beratung über einen Etat, der am 31. März bereits abgelaufen ist, nicht von sonderlicher Wichtigkeit, aber immerhin dürfte doch das Parlament wie die gesamte Öffentlichkeit ein Interesse daran haben, wie es um die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dinge im Lande steht. Hoffentlich hat das Parlament doch noch einiges zu dieser Behandlung des Staatshaushalts zu bemerken.

Aus dem Etat ist zu entnehmen, daß die Einnahmen und Ausgaben mit 532,6 Mill. Mark angeführt sind, wovon etwa die Hälfte, 258,9 Mill. auf den außerordentlichen Etat, in dem vorwiegend die Kosten für die Kriegsfolgen verbucht sind, entfallen. Die Kosten für die Besetzung sind zusammengefaßt; genaue Zahlen werden aber nicht mitgeteilt. Im ordentlichen Haushalt stehen 410,5 Mill. Einnahmen 273,6 Mill. Ausgaben gegenüber. Bei den Einnahmen figurieren die Steuern mit 366,3 Mill. Mark, was auf den Kopf der Bevölkerung den runden Betrag von 400 RM ausmacht. Die gesamten Besatzungskosten in der Zone betragen bisher 775 Mill. Mark, sie sind nun auf 400 Mill. gesenkt worden. Wieviel hiervon auf Baden entfällt, ist aus dem Etatplan nicht zu ersehen. Die Regierung hat sich vor allem bemüht, die Personalkosten weitmöglich zu senken, der Aufwand beträgt aber immer noch 67,8 Mill. Zwei Hauptposten fehlen im Etat: Die Post und die Bahn. Beide Einrichtungen sind offenbar der öffentlichen Kontrolle entzogen. Da das Wort "Reich" in der französischen Zone verpöht ist, gibt es im Lande weder eine Reichspost, noch eine Reichsbahn. Unter welcher Verwaltung aber beide Staatseinrichtungen stehen, weiß im Lande niemand. Mit ziemlichem Pomp wurde Mitte letzten Jahres verkündigt, daß die Bahnen wieder in die Verwaltung der Länder übergehen würden, es wurde sogar eine diesbezügliche Organisation gebildet. Von irgend einem Einfluß der Länder auf Betrieb und Verwaltung der Südwestbahnen ist aber bis jetzt noch nichts zu bemerken, auch im Etat nicht. Es wäre bedauerlich, wenn das Landesparlament sich damit abfinden würde, daß der Etat des Staates einfach für vollzugreif erklärt wird und sich damit das wichtigsten Rechtes der Einflußnahme begibt.

Ein Rezept gegen den schwarzen Markt

3. An den Verkehrsknotenpunkten unserer grossen Städte, unter stiller Duldung, ja Teilnahme der Öffentlichkeit, spielt sich heute der Schwarze Markt ab. Diese Tatsache lässt schlaglichtartig erkennen, wie tief wir in den Sumpf der Missachtung des Gesetzes geraten sind. Handelte man früher in Deutschland nach dem Grundsatz: "Was nicht erlaubt ist, ist verboten", so müsste es nun abgewandelt auf Delikte des Schwarzen Marktes heissen: "Nur das Erwischenlassen ist verboten."

Keine Massnahme gegen diese lebensbedrohende Mentalität kann jedoch Erfolg haben, wenn Behörden und Gerichte selber gegen die gesetzlichen Bestimmungen, die sie ausführen und denen sie notfalls durch Zwangsmittel Achtung verschaffen sollen, verstossen oder zumindest sie innerlich als unmoralisch empfinden. Es hiesse, den Kopf in den Sand stecken, wenn man die von Behördenvertretern aller Sparten, oft unter Missbrauch ihres Amtes begangenen Gesetzesübertretungen gegen Bewirtschaftungsvorschriften übersehen wollte, auch wenn es sich dabei, vom Ganzen gesehen, nur um einen verhältnismässig kleinen Prozentsatz handelt. Wesentlicher ist aber, dass die moralische Berechtigung zu unnachsichtigem Durchgreifen heute in Frage gestellt ist. Sind der Richter, dessen Frau mindestens einmal in der Woche zusätzlich ein Brot "besorgt", und der Polizist, der hier und da seine Zigaretten schwarz kauft, heute noch Ausnahmefälle? Auch sie sind ja Normalverbraucher, also zum Hungern verurteilt. Wie kann man von dem einen erwarten, dass er bei der Verhaftung eines Schwarzhändlers mit der Energie, die das Bewusstsein, das Recht zu vertreten, verleiht, vorgeht und vom anderen, dass er im gleichen Geiste das Urteil des Schiebers spricht? Doch selbst wenn Richter und Polizist für ihre Person allen Versuchungen der Not widerstehen, so werden sie doch, wenn sie menschlich fühlen, den weniger starken Naturen Verständnis entgegenbringen. Auch dies bedeutet schon Befangenheit im Behördenapparat.

Solange Hunger und Mangel in ihrem heutigen Ausmass die Moral durchlöchern, wird auch der beste Wille zur rigorosesten Bekämpfung abgestumpft. Man schaffe den Mangel ab und man wird damit das Übel an der Wurzel gefasst haben. Man schaffe Verhältnisse, die es der grossen Masse erlaubt, wieder "anständig zu werden", damit man dann die skrupellosen Geschäftsmacher und selbststetigen Erzeuger, die es nicht lassen können, unwirkungsvoller unschädlich machen kann. Das soll nicht heissen, dass die Exekutive vor der heutigen Situation kapitulieren soll. Aber es wäre unrealistisch, zu übersehen, dass ohne ein Minimum der Lebensbedürfnisse der Schwarze Markt eine unausrottbare Hydra ist. (m/B92/52/2/hs)

Die Lebensmittelrationen in England

In England gelten zur Zeit folgende Wochenrationen: Butter 57 g., Käse 57 g., Tee 57 g., Fett= 28 g., Bacon (Schinkenspeck)= 28 g., Margarine= 117 g., Zucker 227 g., Brot einschliesslich Mehl und Teigwaren 1.816 g. Beim Fleisch ist kein Gewicht festgesetzt, man darf für 2 Shilling je Woche und Kopf Fleisch kaufen, das sind 400 bis 600 g. Eier gibt es zwei im Monat, ebenso 453 g. Konfitüre. Für Konserven gibt es Punkte, und zwar 24 im Monat, ein Pf. guter Fleischkonserven erfordert 24 Punkte. (b/A57/2/nc)

Verantwortlich: Peter Raunau